Kennziffer:

Klausur V 1 - 274 (März 2017)

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 13 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Beigefügt ist ein Blatt Kalender (I).

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.**

Die Kennziffer ist in die dafür vorgesehene Rubrik einzutragen.

Dr. Johann Reuther

Rechtsanwalt

 50126 Bergheim

Anwaltskanzlei Reuther, Hauptstraße 76, 50216 Bergheim Hauptstraße 76

Telefon (02271) 87365
Telefax (02271) 83657

Bürozeiten: 8:30 -13:00 Uhr
15:00 - 18:00 Uhr

**Datum: 16.11.2016**

Sprechstunden: 15 - 18 Uhr u. nach Vereinbarung

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

Hausmann ./. BRD

An das

Verwaltungsgericht Köln

Appellhofplatz

50667 Köln

**Klage**

des Herrn Peter Hausmann, Heidemannstraße 101, 50825 Köln,

Klägers,

Prozessbevollmächtigter: RA Dr. Johann Reuther, Hauptstraße 76, 50126 Bergheim,

gegen

die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundespolizeiakademie, Ratzeburger Landstraße 4, 23562 Lübeck,

Beklagte,

wegen: Beamtenrechts.

Im Namen und mit Vollmacht des Klägers erhebe ich Klage und beantrage,

den Bescheid der Bundespolizeiakademie vom 01.09.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids des Bundespolizeipräsidiums vom 15.11.2016 aufzuheben.

Den streitgegenständlichen Bescheid (**Anlage K1**) sowie den Widerspruchsbescheid (**Anlage K2**) füge ich in Kopie bei.

**Begründung:**

Der Kläger richtet sich mit seiner Klage gegen die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf durch den Bescheid vom 01.09.2016. Da die Widerspruchsbehörde den am 06.10.2016 ordnungsgemäß erhobenen Widerspruch als zulässig, aber unbegründet zurückgewiesen hat, ist nunmehr Klage geboten.

Der Bescheid vom 01.09.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 15.11.2016 ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten.

Er ist bereits formell fehlerhaft, weil die nach § 78 BPersVG erforderliche Beteiligung des Personalrats nicht erfolgt ist.

Anlass für die Entlassung des Klägers war die Auswertung einer Unterhaltung in der „WhatsApp“-Gruppe, in welcher der Kläger angeblich Bilder mit menschenverachtenden, rechtsradikalen oder zumindest rassistischen Inhalten gepostet haben soll, woraus die Beklagte auf die charakterliche Ungeeignetheit des Klägers geschlossen hat. Dem tritt der Kläger sowohl in tatsächlicher als auch in rechtlicher Hinsicht entschieden entgegen.

Die Beklagte ist auf rechtswidrige Art und Weise an den Chatverlauf der „WhatsApp“-Gruppe gelangt. Sie kann diese Erkenntnisse daher schon gar nicht verwerten. Denn rechtswidrig erhobene Informationen dürfen dem Kläger auch in beamtenrechtlichen Verfahren nicht entgegengehalten werden. Sie unterliegen hier vielmehr einem Beweisverwertungsverbot. Der „WhatsApp“-Chat ist eine nicht-öffentliche Unterhaltung, an der lediglich einige andere Polizeikommissaranwärter, die in demselben Ausbildungskurs der Bundespolizeiakademie wie der Kläger sind, teilnehmen. Der Beklagten ist diese „WhatsApp“-Unterhaltung in Folge eines Strafverfahrens gegen einen Kommilitonen des Klägers, Herrn Linus Ulrich, zur Kenntnis gelangt. Hintergrund dieses Strafverfahrens war eine anonyme Anzeige gegen Herrn Ulrich, der eine Kollegin mit Migrationshintergrund gemobbt und ausländerfeindlich behandelt haben soll. Bei seiner Vernehmung hat Herr Ulrich auf Verlangen der Polizei sein Mobiltelefon herausgegeben und dem Beamten gestattet, dieses zu durchsuchen. Dies hat er jedoch keinesfalls freiwillig gemacht, vielmehr wurde er hierzu durch die Polizeibeamten widerrechtlich durch Täuschung veranlasst. Denn der Polizeibeamte hat Herrn Ulrich dadurch zur Herausgabe des Mobiltelefons bestimmt, dass er ihm eine mildere Strafe versprochen hat. Herr Ulrich wurde wegen Beleidigung verurteilt und aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf entlassen.

Darüber hinaus ist aber auch die Annahme der Beklagten, sie könne die charakterliche Ungeeignetheit des Klägers allein aus einer Chat-Unterhaltung herleiten, nicht nachvollziehbar. Zum einen ist doch allgemein bekannt, dass in sozialen Medien - wie z.B. auch Twitter und Facebook - eine Enthemmung zu beobachten ist. Dabei ist doch gerade das Zusenden von Bildern mit belustigenden, aber auch entsetzenden Inhalten absolut sozialadäquat. Im Regelfall handelt es sich dabei um eine Art bildlich dargestellter, z. T. natürlich auch geschmackloser und schlechter, „Witze“. So handelt es sich auch bei den Bildern, welche der Kläger angeblich verschickt haben soll, um solche, die im Internet bzw. über WhatsApp „kursieren“ und vielfach weiter verschickt wurden bzw. werden. Zum anderen muss der Beklagte aber doch zumindest Anhaltspunkte dafür aufzeigen, dass der Kläger auch in der Realität unangemessene Verhaltensweisen, die seine charakterliche Eignung in Frage stellen könnten, an den Tag gelegt hat. Entsprechende Feststellungen hat die Beklagte aber nicht getroffen und wird sie auch nicht treffen können, weil der Kläger weder rechtsradikal noch rassistisch ist. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall: Der Kläger zählt viele Ausländer und Mitbürger mit Migrationshintergrund zu seinen Freunden.

Die Entscheidung ist aber auch im Ergebnis ermessensfehlerhaft. Die Beklagte hätte hier auch berücksichtigen müssen, dass es sich bei der besagten „WhatsApp“-Gruppe nicht um die „offizielle“ Gruppe des Kurses handelt, in der ausbildungsrelevante Dinge besprochen und weitergeleitet werden, sondern um eine Gruppe mit ausschließlich privaten Inhalten. Das dem Kläger vorgeworfene Verhalten weist auch keinen Bezug zur dienstlichen Tätigkeit auf. In dieser Gruppe wurden täglich auch von anderen Teilnehmern zahlreiche mehr oder weniger witzige Bilder verschickt. So hat beispielsweise ein anderer Poilizeikommissaranwärter des Ausbildungskurses ein Bild gepostet, auf dem drei Kleinkinder zu sehen sind. Das Gesicht eines Kindes wurde mit dem Gesicht eines erwachsenen Mannes vertauscht, samt schwarzem Bart, buschigen Augenbrauen und Zahnlücke. Darüber ist zu lesen „Finde das türkische Baby!“. Gegen diesen Polizeikommissaranwärter ist noch nicht einmal eine Disziplinarverfügung ergangen.

Nicht zuletzt ist aber die Entlassung des Klägers aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf, jedenfalls bevor er den dreijährigen Vorbereitungsdienst abgeschlossen hat, völlig unverhältnis­mäßig.

Reuther

Rechtsanwalt

|  |
| --- |
| **Hinweis des LJPA:** Von einem Abdruck der ordnungsgemäß beigefügten Vollmacht sowie der **Anlage K2** wird abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass die Anlage K2 der Klageschrift vom 16.11.2016 ordnungsgemäß beigefügt war, den vorgetragenen Inhalt hat und sich aus ihr keine weiteren für die Bearbeitung relevanten Informationen ergeben. |



**Bundespolizeiakademie**

Der Präsident

Ratzeburger Landstraße 4

23562 Lübeck

Telefon: 0451 49055-0

Fax: 0451 49055-5121

E-Mail:

bpolak@polizei.bund.de

Sachbearbeiter/in:

Herr Holten

Az.:

ZA 54 - 23.01.15 - 70/16

Datum: 01.09.2016

**- per Zustellungsurkunde -**

Peter Hausmann

Heidemannstraße 101

50825 Köln

**Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf gemäß § 37 Bundesbeamtengesetz (BBG)**

Verfügung vom 18.07.2016 sowie Anhörung vom 30.07.2016

Sehr geehrter Herr Hausmann,

unter Bezugnahme auf die Anhörung vom 30.07.2016 treffe ich nachfolgende Entscheidung:

**1.** Ich entlasse Sie aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf. Die weitere Ableistung Ihres Vorbereitungsdienstes wird Ihnen zugleich untersagt.

**2.** Im öffentlichen Interesse ordne ich hiermit die sofortige Vollziehung der Entscheidung zu 1. an.

**Begründung:**

Zu 1.

Sie sind seit dem 01.09.2015 als Polizeikommissaranwärter (PKA) im Vorbereitungsdienst für den gehobenen Polizeivollzugsdienst bei der Bundespolizei beschäftigt. Mit Dienstantritt wurden Sie dem Aus- und Fortbildungszentrum der Bundespolizei in Swisttal zugewiesen.

Durch eine Mitteilung der Staatsanwaltschaft Dortmund Anfang Juli 2016 habe ich Kenntnis davon erlangt, dass im Rahmen der gegen einen anderen PKA Ihres Ausbildungskurses aufgrund einer anonymen Anzeige eingeleiteten Ermittlungen (Az. der Staatsanwaltschaft Dortmund: 100 Js 625/16) festgestellt wurde, dass Sie als Mitglied einer sogenannten „WhatsApp“-Gruppe Ihres Ausbildungskurses bei der Bundespolizeiakademie in Brühl mehrere Bilddateien mit fremdenfeindlichem und menschenverachtendem Inhalt gepostet haben. Im Einzelnen haben Sie in der Zeit vom 01.06.2016 bis zum 10.06.2016 folgende fremdenfeindliche und menschenverachtende Bilder gepostet:

**a.** Ein Bild, das vier vermeintliche Gründe nennt, warum die Filmfigur „E.T. - Der Außerirdische“ sympathischer sei als türkische Mitmenschen: 1. ER kam alleine; 2. ER hatte sein eigenes Fahrrad; 3. ER lernte unsere Sprache; 4. ER WOLLTE WIEDER NACH HAUSE“.

**b.**Ein Bild, das mehrere Wehrmachtssoldaten auf Fahrrädern zeigt mit dem Bildtitel „Tour de France 1940“.

In diesem Bild wird der Westfeldzug der deutschen Wehrmacht im Sommer 1940 mit dem alljährlichen internationalen Radsport-Großereignis „Tour de France“ gleichgesetzt, welches wegen des zweiten Weltkrieges ausgesetzt wurde.

**c.** Ein Bild, welches einen Fußball zeigt, der mit Hakenkreuzen beschmiert ist, mit dem Bildtitel „So werden wir auch Europameister.“ Dem fügten Sie die Textnachricht hinzu: „Weiß ist nicht nur eine Trikotfarbe - für eine echte deutsche Nationalmannschaft“.

Die Bilddateien wurde jeweils anlasslos ohne jeglichen Zusammenhang zur übrigen Chat-Konversation und - bis auf das Bild c. - ohne weitere Erklärung eingestellt.

Aufgrund dieser Feststellungen wurde Ihnen mit Verfügung vom 18.07.2016 die Führung der Dienstgeschäfte gemäß § 66 BBG verboten. Mit Schreiben vom 30.07.2016 wurden Sie zur beabsichtigten Entlassung aus dem Beamtenverhältnis angehört. Ihnen wurde im Anhörungsschreiben zudem eröffnet, dass Sie die Beteiligung des Personalrats nach § 78 BPersVG beantragen können. Hierfür wurde Ihnen eine Frist bis zum 30.08.2016 gesetzt.

Mit Schreiben vom 15.08.2016 haben Sie zu meiner Anhörung Stellung genommen. Einen Antrag auf Beteiligung des Personalrats haben Sie bis heute nicht gestellt. Deswegen gehe ich, wie bereits im Anhörungsschreiben angekündigt, davon aus, dass eine Mitwirkung des Personalrats Ihrerseits nicht gewünscht wird.

Nach § 37 Abs. 1 S. 1 BBG können Beamtinnen auf Widerruf und Beamte auf Widerruf jederzeit entlassen werden. Die Entlassung steht daher im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde.

Die Tatsache, dass Sie Bilder mit menschenverachtenden, rechtsextremen oder zumindest rassistischen Aussagen und Inhalten an Ihre Kollegen geschickt haben, lässt Zweifel an Ihrer charakterlichen Eignung im beamtenrechtlichen Sinne aufkommen. Ihr Verhalten lässt darauf schließen, dass Ihnen sowohl die für einen Polizeibeamten notwendige Fähigkeit zur Selbstkontrolle und Selbstreflexion als auch die notwendige Distanz zu rassistischen bzw. rechtsradikalen Einstellungen fehlt. […]

|  |
| --- |
| **Hinweis des LJPA:** Von einem Abdruck der in „[…]“ stehenden weiteren Begründung, warum die Weiterleitung der Bilder Zweifel an der charakterlichen Eignung des Klägers aufkommen lässt, wird zu Prüfungszwecken abgesehen.  |

Eine mildere Maßnahme als die ausgesprochene Entlassung, die dem Zweck, nämlich der Aufrechterhaltung von Funktion und Integrität des öffentlichen Dienstes, ebenso förderlich wäre, ist nicht ersichtlich. Die Entlassung ist auch angemessen. Die Allgemeinheit, zu der selbstverständlich auch ausländische Mitmenschen sowie deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund gehören, hat ein Anrecht darauf, sich auf die generelle Unvoreingenommenheit einer Polizeibehörde und die gerechte Amtsführung ihrer Beamten zu verlassen. Dieses Interesse überwiegt eindeutig Ihr Interesse an der Beibehaltung Ihrer Rechte aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf.

Dabei habe ich im Rahmen meiner Ermessensausübung auch berücksichtigt, dass nach § 37 Abs. 2 S. 1 BBG Beamten im Vorbereitungsdienst Gelegenheit zur Beendigung des Vorbereitungsdienstes und zur Ablegung der Prüfung gegeben werden soll. Davon ist jedoch in Ihrem Einzelfall aufgrund der Schwere Ihrer charakterlichen Ungeeignetheit und der Länge des verbleibenden Vorbereitungsdienstes von zwei Jahren abzusehen. Der Allgemeinheit soll die Fortzahlung der Bezüge eines Kommissaranwärters erspart bleiben, der durch sein Verhalten erkennbar gegen allgemeingültige Werte und Normen zwischenmenschlichen Verhaltens verstoßen hat. Durch die vorzeitige Beendigung des Vorbereitungsdienstes wird Ihnen aber auch zugleich die Möglichkeit einer beruflichen Neuorientierung gewährt. Denn die nach (erfolgreichem) Abschluss des Vorbereitungsdienstes regelmäßig vorgesehene Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Probe kommt in Ermangelung Ihrer charakterlichen Eignung ohnehin nicht in Betracht.

Zu 2.

|  |
| --- |
| **Hinweis des LJPA:** Von einem Abdruck der ordnungsgemäßen Begründung zur Anordnung der sofortigen Vollziehung wird abgesehen. |

**Rechtsbehelfsbelehrung**

|  |
| --- |
| **Hinweis des LJPA:** Von einem Abdruck der ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung wird abgesehen. |

Im Auftrag

Holten

**Anlage**: Auszug aus der Chat-Unterhaltung der „WhatsApp“-Gruppe vom 01.06.2016 bis 10.06.2016

|  |
| --- |
| **Hinweis des LJPA:** Von einem Abdruck der Anlage zum Bescheid vom 01.09.2016 wird abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass sie den vorgetragenen Inhalt hat und sie keine weiteren für die Bearbeitung relevanten Informationen enthält. |



**Bundespolizeiakademie**

Der Präsident

Ratzeburger Landstraße 4

23562 Lübeck

Telefon: 0451 49055-0

Fax: 0451 49055-5121

E-Mail:

bpolak@polizei.bund.de

Sachbearbeiter/in:

Herr Keller

Az.:

ZA 54 - 23.01.15 - 70/16

Datum: 05.12.2016

Verwaltungsgericht Köln

Appellhofplatz

50667 Köln

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

Hausmann ./. BRD

3 K 4135/16

wird unter Vorlage des Verwaltungsvorgangs sowie der Ausbildungs- bzw. Personalakte beantragt,

die Klage abzuweisen.

**Begründung:**

Zur Begründung wird zunächst auf den zutreffenden Bescheid vom 01.09.2016 Bezug genommen.

Der Sachverhalt wurde von der Beklagten zutreffend ermittelt. Die Beklagte hat Kenntnis von den Tatsachen, welche als Grundlage für die Annahme der charakterlichen Ungeeignetheit des Klägers herangezogen wurden, nicht auf rechtswidrige Weise erlangt. Im Rahmen der Vernehmung des PKA Ulrich mag die Verhörsperson, POR Jahn, zwar auf die positiven Auswirkungen einer geständigen Einlassung auf das Strafverfahren und eventuelle Disziplinarmaßnahmen hingewiesen haben. Eine mildere Strafe wurde ihm aber keineswegs versprochen. Zu einer entsprechenden Entscheidung wäre POR Jahn schließlich auch gar nicht befugt gewesen.

Beweis: Vernehmung des Zeugen POR Jahn, zu laden über das Polizeipräsidium Dortmund

Darüber hinaus ändert aber auch der Vortrag in der Klageschrift vom 16.11.2016 nichts an der Einschätzung der Beklagten, dass der Kläger nicht die erforderliche charakterliche Eignung für eine weitere Beschäftigung bei der Bundespolizei besitzt.

Es liegt hier auch keinesfalls eine Ungleichbehandlung des Klägers gegenüber dem anderen PKA seines Kurses vor, der ebenfalls Bilder, insbesondere das vom Kläger angeführte Bild mit den drei Kleinkindern, in der Gruppe gepostet hat. Das vom Kläger angeführte Bild wurde hier ebenfalls als ausländerfeindlich bzw. rassistisch eingestuft. Im Übrigen handelte es sich bei den Bildern des anderen PKA aber um unbedenkliche Witze. Aufgrund dieser (einmaligen) Verfehlung wurde ein Personalgespräch durchgeführt und dem Betroffenen eröffnet, welche Bedeutung weitere Verfehlungen dieser Art für seine Position als zukünftiger Polizeibeamter haben würden. Der Betroffene zeigte sich in dem Personalgespräch sehr einsichtig; er distanzierte sich von seinem Verhalten und entschuldigte sich ausdrücklich für die Verfehlung. Im Gegensatz zum Kläger zeigte er damit eine erkennbare innere Reflexion über die Auswirkungen seines Verhaltens. Zudem handelte es sich bei dem Versenden des zuvor genannten Bildes um ein einmaliges Fehlverhalten, welches auch in seiner Schwere nicht an das vom Kläger gezeigte Fehlverhalten heranreicht.

Das alles ist hier aber auch schon gar nicht mehr von Relevanz, weil der Bescheid vom 01.09.2016 bestandskräftig geworden ist. Der Kläger hat nämlich erst mit am 06.10.2016 bei der Bundespolizeiakademie eingegangenem Schreiben Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt. Ausweislich der als **Anlage B 1** beigefügten Postzustellungsurkunde wurde der Bescheid aber bereits am 02.09.2016 zugestellt. Die Rückseite der ordnungsgemäß unterschriebenen Zustellungsurkunde hat der Postbedienstete wie folgt ausgefüllt:

„Das mit umseitiger Anschrift und Aktenzeichen versehene Schriftstück (verschlossener Umschlag) habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu übergeben versucht. Weil die Übergabe des Schriftstücks in der Wohnung nicht möglich war, habe ich das Schriftstück in den zur Wohnung gehörenden Briefkasten oder in eine ähnliche Vorrichtung eingelegt.“

Das Aktenzeichen des Bescheids sowie die Adresse des Klägers sind auf der Vorderseite der Zustellungsurkunde eingetragen.

Warum dies nicht bereits im Widerspruchsverfahren aufgefallen ist, erklärt sich dem Unterzeichner nicht.

PD Keller

|  |
| --- |
| **Hinweis des LJPA:** Von einem Abdruck der **Anlage B 1** wird abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass sie der Klageerwiderung vom 05.12.2016 ordnungsgemäß beigefügt war, den vorgetragenen Inhalt hat und sich aus ihr keine weiteren für die Bearbeitung relevanten Informationen ergeben.Von einem Abdruck des Verwaltungsvorgangs sowie der Ausbildungs- und Personalakte, die ordnungsgemäß vorgelegt worden sind, wird ebenfalls abgesehen. |

Dr. Johann Reuther

Rechtsanwalt

 50126 Bergheim

Anwaltskanzlei Reuther, Hauptstraße 76, 50216 Bergheim Hauptstraße 76

Telefon (02271) 87365
Telefax (02271) 83657

Bürozeiten: 8:30 -13:00 Uhr
15:00 - 18:00 Uhr

**Datum: 03.01.2017**

Sprechstunden: 15 - 18 Uhr u. nach Vereinbarung

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

Hausmann ./. BRD

An das

Verwaltungsgericht Köln

Appellhofplatz

50667 Köln

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

Hausmann ./. BRD

3 K 4135/16

wird auf den Schriftsatz der Beklagten vom 05.12.2016 wie folgt erwidert:

Der Widerspruch des Klägers war hier keinesfalls verfristet. Denn vorliegend kann schon nicht von einer wirksamen Zustellung des Bescheids am 02.09.2016 ausgegangen werden. Der Kläger ist in Absprache mit der Beklagten, nachdem ihm die Führung der Dienstgeschäfte verboten worden war, am 29.08.2016 in seinen Jahresurlaub nach Italien gefahren. Er fand den Bescheid erst nach seiner Rückkehr am 12.09.2016 in seinem Briefkasten vor. Anders als dies in § 180 S. 3 ZPO vorgesehen ist, war aber in dem hierfür auf dem Umschlag vorgesehenen Feld nicht das Zustelldatum vermerkt. Der Kläger konnte also gar nicht wissen und bestreitet auch, dass das Schriftstück bereits am 02.09.2016 in seinen Briefkasten eingelegt wurde. Die hier nach § 128 BBG erforderliche Zustellung kann damit frühestens am 12.09.2016 wirksam geworden sein. Alles andere würde die Rechtsschutzmöglichkeiten des Klägers in unzulässiger Weise beschränken. Schließlich gilt auch nach § 189 ZPO ein Dokument, welches unter Verletzung von Zustellungsvorschriften zugegangen ist, erst in dem Zeitpunkt als zugestellt, in dem das Dokument tatsächlich zugegangen ist.

Darüber hinaus hat das Bundespolizeipräsidium über den Widerspruch des Klägers aber auch in der Sache entschieden. Es wäre daher widersprüchlich, wenn sich die Beklagte nun im Nachhinein noch auf die Unzulässigkeit des Widerspruchs berufen könnte.

Reuther

Rechtsanwalt

|  |  |
| --- | --- |
| **ÖFFENTLICHE SITZUNG**der 3. Kammerdes Verwaltungsgerichts Köln**3 K 4135/16****Anwesend:**Vorsitzender Richter am VG **Dr. Müller**,Richterin am VG **Thiele**,Richter **Otto**,ehrenamtliche Richterin **Nowak**,ehrenamtlicher Richter **Klug**, | Köln, den 13.03.2017In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahrendes Herrn Peter Hausmann, Heidemann­straße 101, 50825 Köln,Klägers,Prozessbevollmächtigter: RA Dr. Johann Reuther, Hauptstraße 76, 50126 Bergheim,gegendie Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundespolizeiakademie, Ratze­burger Landstraße 4, 23562 Lübeck,Beklagte,wegen Entlassung aus dem Beamtenverhält­nis auf Widerruf. |

Auf die Hinzuziehung eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle als Protokollführer wurde verzichtet; vorläufig aufgezeichnet auf Tonträger gem. § 105 VwGO i.V.m. §§ 159, 160 a ZPO.

erscheinen bei Aufruf der Sache um 8:30 Uhr:

der Kläger persönlich und sein Prozessbevollmächtigter RA Dr. Reuther;

für die Beklagte: PD Keller unter Vorlage einer Terminsvollmacht;

die geladenen Zeugen POR Jahn und PKA Ulrich.

Der Vorsitzende eröffnet die mündliche Verhandlung.

[…]

|  |
| --- |
| **Hinweis des LJPA:** Vom Abdruck der ordnungsgemäß erfolgten Belehrung der Zeugen POR Jahn und PKA Ulrich („[…]“) wird abgesehen. |

Die Zeugen verlassen den Sitzungssaal.

Der Berichterstatter trägt den wesentlichen Inhalt der Akten vor. Die Sach- und Rechtslage wird erörtert.

Der Kläger stellt den Antrag aus der Klageschrift vom 16.11.2016.

**- vorgelesen und genehmigt -**

Der Vertreter der Beklagten beantragt,

die Klage abzuweisen.

**- vorgelesen und genehmigt -**

Sodann ergeht folgender **B E S C H L U S S:**

Es soll Beweis erhoben werden über die Umstände, unter denen der Zeuge PKA Ulrich im Rahmen seiner polizeilichen Vernehmung sein Handy zur Durchsuchung zur Verfügung gestellt hat, durch Vernehmung des POR Jahn und des PKA Ulrich als Zeugen.

Als erster Zeuge wird POR Jahn um 9:00 Uhr in den Sitzungssaal gerufen. Er wird mit dem Beweisthema bekanntgemacht und erklärt sodann:

**Zur Person:**

„Ich heiße Bernd Jahn, 41 Jahre alt, mit dem Kläger oder dem Vertreter der Beklagten weder verwandt noch verschwägert. Ich bin Polizeioberrat und wohne in Dortmund.“

**Zur Sache:**

„Ich erinnere mich an die Vernehmung des PKA Ulrich noch gut. Derartige Strafverfahren gegen Polizeibeamte kommen nicht so häufig vor und sind gewissermaßen immer von besonderer Bedeutung, weil es schließlich auch um das Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit geht. Deshalb kann ich mich auch an die Vernehmung noch gut erinnern.

Wie sich aus dem Vernehmungsprotokoll (Bl. 5 der Ermittlungsakte) entnehmen lässt, wurde PKA Ulrich vor seiner Vernehmung durch mich ordnungsgemäß belehrt. PKA Ulrich erkannte offenbar den Ernst der Lage. Er zeigte sich während der gesamten Vernehmung sehr kooperativ und entschuldigte sich mehrfach für sein „schlechtes“ Verhalten. Er erklärte ausdrücklich, zur Sache aussagen zu wollen. Daraufhin sagte ich in etwa: „Das ist eine gute Entscheidung. Eine geständige Einlassung wirkt sich in der Regel positiv bei der Strafzumessung aus.“ Im weiteren Verlauf der Vernehmung kam PKA Ulrich von sich aus auf die Unterhaltung in der WhatsApp-Gruppe zu sprechen. Er übergab mir sein Handy und sagte, dass ich mir die Unterhaltung gerne mal anschauen könne, er sei mit Sicherheit nicht das einzige schwarze Schaf in dem Ausbildungskurs, es herrsche nun mal ein sehr rauer Ton unter den Kollegen.“

**Laut diktiert und genehmigt.**

[…]

|  |
| --- |
| **Hinweis des LJPA:** Von einem Abdruck der Vernehmung des Zeugen PKA Ulrich („[…]“) wird abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass dieser den vom Zeugen POR Jahn geschilderten Sachverhalt bestätigt. Es ist weiter davon auszugehen, dass die staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakte StA Dortmund 100 Js 625/16 zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemacht worden ist, diese den von POR Jahn vorgetragenen Inhalt hat und keine weiteren für die Bearbeitung relevanten Informationen enthält. |

Den Beteiligten wurde Gelegenheit gegeben ihre Anträge abschließend zu begründen.

Die mündliche Verhandlung wird um 10:40 Uhr geschlossen.

Es ergeht folgender **B E S C H L U S S**:

Eine Entscheidung wird am Ende der Sitzung verkündet.

Düsseldorf, 13.03.2017

Für die Richtigkeit der Übertragung vom Tonträger

Brüder

Justizangestellte als

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Dr. Müller

|  |
| --- |
| **Hinweis des LJPA:** Das nachfolgende Schriftstück ist von dem Prozessbevollmächtigten des Klägers um 11:30 Uhr auf der Geschäftsstelle der 3. Kammer zu den Akten gereicht worden. Es ist der Kammer noch vor der Beratung und Entscheidungsverkündung vorgelegt worden. |

Ahmed Yilmaz

Bonner Straße 296c

50968 Köln

**Stellungnahme zu den Rassismusvorwürfen gegen Peter Hausmann**

Köln, den 13.03.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe erst soeben von dem Verfahren gegen den Peter und dass dieser aus dem Polizeidienst entlassen werden soll, erfahren. Ich bin vor etwa 20 Jahren zusammen mit meinen Eltern aus der Türkei nach Deutschland gekommen und kenne Peter seit circa 10 Jahren. Die Rassismusvorwürfe ihm gegenüber überraschen mich total.

Wir sind gemeinsam im Jiu-Jitsu Club Köln e.V. und trainieren wöchentlich zweimal miteinander. Ich habe noch nie den Eindruck gehabt, als wäre Peter ein Rassist oder gar rechtsradikal, sondern ich habe das genaue Gegenteil erlebt.

Peter ist ein sehr aufgeschlossener und freundlicher Mensch und hat mich nie anders behandelt als andere Menschen.

Ich bitte Sie deswegen, diesen Vorwurf noch einmal zu überdenken und ihn nicht für das, was er nicht ist, zu bestrafen.

Hochachtungsvoll

Ahmed Yilmaz

Mit Blick auf die vorliegende Stellungnahme des Herrn Ahmed Yilmaz beantrage ich die

**Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung.**

Reuther

Rechtsanwalt

**Vermerk für die Bearbeitung**

**I. Aufgabenstellung**

Die Entscheidung des Gerichts ist zu entwerfen. Entscheidungszeitpunkt ist der

**13.03.2017.**

Die Entscheidung hat eine Sachverhaltsdarstellung zu enthalten, die den Erfordernissen des § 117 Abs. 3 VwGO entspricht. Von § 117 Abs. 5 VwGO ist kein Gebrauch zu machen.

Von einer Entscheidung über die **vorläufige Vollstreckbarkeit** und einer Entscheidung über den **Streitwert** ist abzusehen.

Für die **Rechtsbehelfsbelehrung** reicht es aus, die Art des Rechtsbehelfs und die zugrunde liegende(n) Vorschrift(en) anzugeben.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist. Eine solche Vorgehensweise ist in einer Fußnote kenntlich zu machen.

Wird eine richterliche Aufklärung oder Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind. Eine solche Vorgehensweise ist in einer Fußnote kenntlich zu machen.

Kommt die Bearbeitung ganz oder teilweise zur Unzulässigkeit der Klage, so ist insoweit zur Begründetheit in einem Hilfsgutachten Stellung zu nehmen.

Soweit die Bearbeitung zum Ergebnis kommt, dass vor Erlass einer abschließenden Entscheidung die mündliche Verhandlung wiedereröffnet werden muss bzw. soll, ist zur Zulässigkeit und Begründetheit der Klage in einem Hilfsgutachten Stellung zu nehmen.

Der Bearbeitung ist derjenige Rechtszustand zugrunde zu legen, welcher sich aus den als Hilfsmittel zugelassenen Gesetzessammlungen in der zum Stichtag des 15. des Vormonats aktuellen Fassung ergibt.

Übergangsvorschriften sind nicht zu prüfen. Vorschriften des Datenschutzrechts sind ebenfalls nicht zu prüfen.

**II. Ergänzende Hinweise zum Sachverhalt**

Es ist davon auszugehen, dass

* die Formalien (z.B. Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) in Ordnung sind, soweit nicht im Sachverhalt ausdrücklich auf einen Fehler hingewiesen wird;
* die tatsächlichen Angaben der Beteiligten zutreffend sind, soweit nicht die Gegenseite die Richtigkeit ausdrücklich bestreitet;
* behördliche und gerichtliche Zuständigkeiten gewahrt sind;
* die Gleichstellungsbeauftragte ordnungsgemäß angehört wurde;
* in Streitigkeiten der vorliegenden Art die Bundesrepublik Deutschland vor Gericht durch die Bundespolizeiakademie vertreten wird.

**III. Hinweise**

In Ihrem eigenen Interesse werden Sie gebeten, am Ende der Klausur anzugeben,

1. welche Auflagen der zugelassenen Kommentare Sie benutzt haben,
2. auf welchem Stand (Ergänzungslieferung) sich die von Ihnen benutzten Beck’schen Textausgaben befunden haben.

Das von Ihnen benutzte Exemplar des Aufgabentextes wird nicht zu Ihren Prüfungsunterlagen genommen. Er ist nach dem Ende der Bearbeitungszeit vollständig abzugeben.

|  |
| --- |
| Die Ausgabe der Klausuren erfolgt **ausschließlich** zur Verwendung in der zweiten juristischen **Staatsprüfung** und in der staatlichen **Referendarausbildung**. Jede unerlaubte Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe des Aufgabentextes verletzt das **Urheberrecht des Prüfungsamtes.** |

**Kalender 2016**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Januar** | **Februar** | **März** |
|  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |
| 53 |  |  |  |  | 1 | 2 | **3** | 5 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | **7** | 9 |  | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | **6** |
| 1 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | **10** | 6 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | **14** | 10 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | **13** |
| 2 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | **17** | 7 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | **21** | 11 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | **20** |
| 3 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | **24** | 8 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | **28** | 12 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | **27** |
| 4 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | **31** | 9 | 29 |  |  |  |  |  |  | 13 | 28 | 29 | 30 | 31 |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| **April** | **Mai** | **Juni** |
|  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |
| 13 |  |  |  |  | 1 | 2 | **3** | 17 |  |  |  |  |  |  | **1** | 22 |  |  | 1 | 2 | 3 | 4 | **5** |
| 14 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | **10** | 18 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | **8** | 23 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | **12** |
| 15 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | **17** | 19 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | **15** | 24 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | **19** |
| 16 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | **24** | 20 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | **22** | 25 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | **26** |
| 17 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 |  | 21 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | **29** | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  | 22 | 30 | 31 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| **Juli** | **August** | **September** |
|  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |
| 26 |  |  |  |  | 1 | 2 | **3** | 31 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | **7** | 35 |  |  |  | 1 | 2 | 3 | **4** |
| 27 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | **10** | 32 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | **14** | 36 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | **11** |
| 28 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | **17** | 33 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | **21** | 37 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | **18** |
| 29 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | **24** | 34 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | **28** | 38 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | **25** |
| 30 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | **31** | 35 | 29 | 30 | 31 |  |  |  |  | 39 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| **Oktober** | **November** | **Dezember** |
|  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |  | Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa | So |
| 39 |  |  |  |  |  | 1 | **2** | 44 |  | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | **6** | 48 |  |  |  | 1 | 2 | 3 | **4** |
| 40 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | **9** | 45 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | **13** | 49 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | **11** |
| 41 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | **16** | 46 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | **20** | 50 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | **18** |
| 42 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | **23** | 47 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | **27** | 51 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | **25** |
| 43 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | **30** | 48 | 28 | 29 | 30 |  |  |  |  | 52 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 |  |
| 44 | 31 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |

**Fest- und Feiertage 2016:**

01.01. Neujahr 15./16.05. Pfingsten

25.03. Karfreitag 26.05. Fronleichnam

27./28.03. Ostern 03.10. Tag der Deutschen Einheit

01.05. Maifeiertag 01.11. Allerheiligen

05.05. Christi Himmelfahrt 25./26.12. Weihnachten